folen wollen. So wie die Demaskierung des Severinschen Programms an den Gewerkschaften gefördert ist, so werden auch die Erwerbslosen den Kampf gegen Hunger und Not aufnehmen.

Unser Antrag gegen jede weitere Unterstützungskürzung und gegen die Zusammenlegung der Unterstützungen wird angenommen.

Schuhe, Kleider, Schulspeisung für die Erwerbslosenkinder

Unter der ungeheuren Not leiden besonders die Kinder der Erwerbslosen. Deshalb beantragen wir Kommunisten, daß jedem Kind von Erwerbslosen sofort Schuhe und warme Kleidung, kostenlose Schulspeisung erhält und daß in der schulfreien Zeit die Schulen als Wärmehallen und Aufenthaltsräume den Kindern zur Verfügung gestellt werden.

Die Not der Kinder der Erwerbslosen ist ungeheuerlich.

Dabei geht man überall dazu über, die wenigen noch vorhandenen sozialen Einrichtungen vollkommen zu beseitigen, wie das in Dresden zum Beispiel mit Hilfe des SPD-Kirchhof geschieht. In Meißen hat man durch die sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament besonders die Hilfe für Mutter und Kind auf ein lächerliches Minimum herabgedrückt.

Wie erbärmlich die Rolle der Nazis ist, das zeigte sich auch hier wieder.

Die Nazifraktion stimmte gegen unsere Anträge für die Kinder der Erwerbslosen.

Es wurde lediglich ein Zusatzantrag der KPD, der eine genügende Heizung der Schulen fordert, angenommen. Es ist so, daß in den Schulen die Kinder frieren müssen und daß zum Beispiel in Plauen die Erkältungskrankheiten ein ungeheures Maß annehmen.

Genosse Breitenborn begründete auch unseren umfassenden Antrag auf

ausreichende Winterhilfe für alle Unterstützungsempfänger.

Wir fordern, daß alle Hauptunterstützungsempfänger 50.— Mark und alle Unterhaltungsberechtigten je 15.— Mark Barunterstützung bekommen, daß darüber hinaus sofort kostenlos Nahrungsmittel, Kohlen und Kartoffeln, Winterkleidung und Schuhe geliefert werden, daß die Gemeinden die Heiz- und Mietrechnungen übernehmen und unentgeltlich Mittagessen abgegeben wird.

Es ist ja nicht so, daß es alle diese Dinge nicht gibt und daß deswegen die Erwerbslosen darben und frieren. Es ist alles im Überfluß da, aber die Erwerbslosen müssen die Bourgeoisie zwingen, diesen Überfluß herauszugeben, damit sie mit ihren Frauen und Kindern nicht verhungern.

Für die Deckung der entstehenden Kosten soll man die Millionen und aber Millionen nehmen, die die Polizei und die Klassenjustiz, die Kirche und die Gutsbesitzer für die Wehrbauten und Großagrarier verschlingen, soll man die rücksichtslosen Steuern der Kapitalisten eintreiben, soll man die Riesengehälter der Direktoren und hohen Staatsfunktionäre kürzen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die kapitalistisch-faschistische Regierung die Forderung nicht durchführen wird, aber wir appellieren an die breite Masse der Arbeiterschaft, durch den außerparlamentarischen Massenkampf die Sicherung ihrer Existenz zu erzwingen.

Nachdem in der Diskussion die Genossen Mahlhorn, Siegel und Breitenborn nochmals in aller Klarheit die Forderungen der Erwerbslosen aufrollten, und die Erwerbslosen ihre Zustimmung durch Zurufe von der Tribüne zum Ausdruck brachten, werden zwei Erwerbslose herausgeworfen. Bei den Nazis und bei der SPD herrscht eine ungeheure Wut über die Entlarvung ihrer arbeiterfeindlichen Politik, die sich in wütenden Zurufen Platz machte. Der Präsident versucht die SPD vor der Enthüllung ihrer Verratspolitik zu schützen, indem er während des Schlußwortes den Genossen Breitenborn auffordert, „zur Sache" zu sprechen.

Mit den Stimmen der braunen Terrorgarden Hitlers wird auch dieser Antrag für die Winterhilfeforderungen der Erwerbslosen abgelehnt.

(Den weiteren Bericht von der Landtagssitzung siehe an anderer Stelle.

Laßt nicht nach im Kampf zur Rettung Bartls!

Noch immer schwebt über dem Kopfe des Antifaschisten Bartl das Beil des Henkers. Mit der Berufung der faschistischen Schleicherdiktatur verschärft sich der Unterdrückungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse, wird der faschistische Terror, die Klassenjustiz gegen revolutionäre Antifaschisten härter und brutaler. Deswegen müssen die Kampfkräfte gegen das Todesurteil, gegen Sondergerichte und Klassenjustiz verdoppelt und verdreifacht werden. Helfen kann nur der außerparlamentarische Massenkampf für die Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen. — Wenn wir in allen Vereinen den Massenproteststurm entfachen und verstärken, wird Bartl und mit ihm alle Revolutionäre frei werden!

Eine stark besuchte Belegschaftsversammlung von Rasch und Hübler, Zittau, nahm einstimmig eine Protestentschließung gegen das Chemnitzer Todesurteil an. In der Entschließung wurde gegen die Urteile der Sondergerichte der schärfste Protest erhoben.

Eine stark besuchte Belegschaftsversammlung von G. H. Kühnigs, Zittau, nahm einstimmig eine Resolution gegen das Chemnitzer Todesurteil an, in der sich die Belegschaft verpflichtet, gegen die Vollstreckung des Urteils in den Protestkreis zu treten.

Bei den Metallwerken „Phönomen", Zittau, wurden 100 Unterschriften unter ein Protestschreiben gegen das Todesurteil im Betrieb gesammelt.

Tausende von Unterschriften gegen das Todesurteil wurden in Seifendorf, Bertsdorf, Bischofswalde, Mariensthal und vielen anderen Orten des Oberlausitz gesammelt.

Die Mitgliederversammlungen des IV Löbtau und der Proletarischen Kulturgesellschaft Weißig faßten ebenfalls Protestresolutionen und gelobten schärfsten Kampf gegen das Todesurteil und die Klassenjustiz.

Der MGGV-Ortsausschuß Wurzen sandte folgendes Telegramm an das Chemnitzer Sondergericht:

„Ortsausschuß des MGGV Wurzen erhebt scharfsten Protest gegen Todesurteil am Kollegen Bartl. Alle Mitglieder verlangen Abschaffung der Sondergerichte und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen."

Der Kreisverband der Ärzte Schutzgesellschaft Köln fordert in einem Telegramm die Aufhebung des Todesurteils an dem Arbeiter Bartl. [illegible] an die Arbeiter des städtischen Fuhrparks Köln, die Freie Sängervereinigung [illegible], Mitgliederversammlung der NSG Deutz.

Der ausführliche Bericht vom 3. Bezirksparteitag

der KPD Sachsen erscheint in unserer vielseitigen, mit einer Bilderbeilage illustrierten Sonnabendzeitung, die

als Sonderausgabe der Tageszeitung am Sonnabend, dem 10. Dezember

herausgegeben wird. Alle Parteileitungen müssen sofort den Massenbezieherverkauf organisieren und die Bestellungen an den Verlag aufgeben.

Massenverbreitung der Sonderausgabe heißt Verbreitung der Parteitagsbeschlüsse unter den Massen!

Katastrophale Naziverluste in Thüringen

Trotz der größten Anstrengungen, die die Nazis in der Thüringer Wahlkampagne machten, haben sie als Quittung auf die arbeiterfeindliche Politik ihrer Nazisegnung schwere Verluste zu verzeichnen. Wie sehr sie diese Entlarvung ihrer Politik der Unterstützung der Papenregierung fürchteten, geht daraus hervor, daß Hitler in der vorigen Woche erklärte, die Thüringer Kommunalwahlen seien ihm wichtiger als die Regierungsbildung.

Die geistige Dresdner Volkszeitung stellt eine Reihe besonders ausgeglichener Orte zusammen und will an Hand dieser Stimmergebnisse beweisen, daß die SPD am besten abgeschnitten habe. Dabei ist aus den bis jetzt insgesamt vorliegenden Ziffern bereits klar zu erkennen, daß die Arbeiter ihr, genau so wie die Nazis, in immer stärkerem Maße den Rücken kehren, daß die Massen der Ausgebeuteten und Hungernden ihre Rolle als treulose Hauptstütze der Bourgeoisie immer härter erkennen und sich der einzigen Führerin im Kampf gegen Elend und Not, gegen faschistische Diktatur, für den Sozialismus, der KPD, zuwenden.

Die einzigen Gewinner bei dieser Wahl sind wiederum die Kommunisten, zu denen das Vertrauen der Ausgebeuteten und Unterdrückten immer mehr wächst.

Die Vossische Zeitung bringt ein Ergebnis über die Thüringer Gemeinderatswahlen, wonach in den 10 kreisfreien Städten und in den 16 Landkreisen an Stimmen gezählt wurden:

KPD	150 168	6. 11. 178 407	31. 7. 150 233
SPD	158 267	6. 11. 203 784	31. 7. 231 531
NSDAP	303 464	6. 11. 341 960	31. 7. 428 964

Bei einer um durchschnittlich 20 Prozent niedrigeren Wahlbeteiligung ergeben sich gegenüber den Reichstagswahlen vom 6. November bei dieser Teilzählung folgende Prozentanteile:

KPD 44,5 Prozent, SPD 30 Prozent, Nazis 76,9 Prozent.

Wenn man die Stimmergebnisse mit der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 vergleicht, so ergibt sich ein noch beschleunigteres Rückgang der Nazis, und zwar bei den

NSDAP bei dem 31. Juli 1932 36,1 Prozent verlieren.

In sehr vielen Orten betragen ihre Verluste bis zu 50 Prozent.

Was sagt der „Freiheitskampf" zu diesen Ergebnissen? Noch in der Sonntagsnummer schreibt er, daß in der Hitlerversammlung in Gotha 12 000 Besucher gewesen seien. Die Nazis haben jedoch nur 7 585 Stimmen bekommen. So sieht „Hitlers deutsche Bewegung" aus!

Jetzt heißt es, den Kampf gegen diese Terrorgarde der Bourgeoisie zu verstärken, sie nicht aus dem Kessel herausquillen und durch die Organisierung des Kampfes um die Tagesinteressen aller Arbeiter und Werktätigen die betrogenen Naziarbeiter von dieser Stütze der Kriegsbourgeoisie loszureißen und sie für den Kampf in der roten Einheitsfront zu gewinnen!

„Dresdner Volkszeitung" am Pranger

Um sich von einer Stellungnahme zu unseren heutigen Nachweisen über die Lakaiendienste der SPD für die Schleicherdiktatur zu drücken, verlegt sich die Dresdner Volkszeitung aufs Schwindeln. Sie versuchte gestern die abgeleimte Lüge, daß „die KPD für die Papendiktatur" sei und versuchte sie mit einem aus den schmutzigen Kinnern gelegenen Briefe, dem „Moskau an leitende Funktionäre" geschrieben haben soll, zu bestätigen. In diesem von irgendeinem sozialfaschistischen Tintenfuchs aber seiner kommunistischen Parteizugehörigkeit gefälschten Briefe wird von der KPD sogar gesagt, sie habe erreichen wollen, daß Papen an der Macht bleibt . . .

Darum haben ja die Kommunisten Streiks gegen Papens Notverordnung geführt. Alles das geschah nur, damit er „an der Macht bleibt . ."

Man kann den sich in ihrer Hilflosigkeit windenden Schreibsklaven der Volkszeitung nur sagen: Wenn schon, dann müßt ihr besser schwindeln!

Demonstrationen zur Reichstagseröffnung

Eine Woche vor der geplanten Reichstagseröffnung kam es in allen Stadtteilen Berlins zu spontanen Arbeiterdemonstrationen. In den Nachtstunden der ersten Woche waren besondere starke Polizeikräfte eingesetzt. Die Schupo ging gegen die Demonstranten mit dem Gummiknüppel vor. In zwei Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Zahlreiche Arbeiter wurden verhaftet und ins Polizeipräsidium geschafft.

600 Arbeiter im politischen Protektstreik

Bei den Massendemonstrationen in Wanderbeng, an denen sich nach den bürgerlichen Berichten 4—5000 Menschen beteiligten, wurden drei Arbeiter durch Polizeischüsse schwer verletzt. Daraufhin legten 600 Arbeiter der Deutschen Kaffee- und Dörfen in einen 1½stündigen Protektstreik.

Zerschlagt den Massenbetrug der SPD-Führer!

Zum Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf, der unter allen Massenbewußten SPD-Arbeitern einen Sturm der Entrüstung hervorrufen muß. In demselben Augenblick, wo die Generalpolitikaster Schleichers ihr Regiment entfalten und die Deutschherren und Junker zu neuen Schlägen gegen die Arbeiterklasse ausholen, da legen die Wels und Breitscheid der Menschheit ein nochmaliges unzweideutiges Bekenntnis ab zu ihrer Politik der Wegbereitung und Unterstützung der faschistischen Diktatur, die sie jahrelang betrieben haben und heute in verschärfter Form fortsetzen. Alles, wogegen sich die Empörung der SPD-Arbeiter richtet, die Unterstützung der Notverordnungsdiktatur Brünings, die Wahl des faszistischen Generalfeldmarschalls von Hindenburg, der Unterdrückungsfeldzug der Severing und Grzesinski gegen die Kommunisten, die schmachvolle Kapitulation vom 20. Juli, der schmutzige Streikbruch bei der BVG und in allen Fällen, wo sich die Arbeiter zum Widerstand gegen die Lohnräuber erheben, alles das versucht der Parteivorstand in seinem Aufruf wie folgt zu rechtfertigen:

„Es wird für alle Zeiten das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, den deutschen Faschismus solange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abtritt in der Volksgunst begann. Dieser Abtritt würde kaum weniger schnell erfolgen, als sich der Aufstieg vollzogen hat."

Welch ein Betrug! Dieselbe SPD, die durch ihre Politik den Faschismus in den Sattel hob, die der Papendiktatur den Weg bereitete und jetzt die Generaldiktatur Schleichers ermöglichte, sie brüstet sich damit, den Faschismus von der Macht ferngehalten zu haben.

Sie belügen die Arbeiter, indem sie erklären, der deutsche Faschismus existiere nur in der Hitlerpartei. Sie stempeln Schleicher, Bracht und Hindenburg zu „Antifaschisten" und zu „kleineren Übeln", um damit ihre „Tolerierung" und Unterstützung, die sie trotz aller „radikalen" Phrasen in der Praxis weiterbetreiben, zu rechtfertigen.

Aber noch etwas anderes! Dieselben sozialdemokratischen Führer, die durch ihre Politik Millionen Werktätige in die Arme des demagogischen Hitlerfaschismus trieben, heulen sich heute die Augen und erklären, der begonnene Abtritt des Nationalsozialismus sei ihr Verdienst. Die Tatsachen schlagen diesem Schwindler ins Gesicht. Jedes einzelne Wahlergebnis seit dem 31. Juli zeigt: Nicht nur der Wiedereinzug der Hitler und Goebbels geht ständig zurück, sondern gleichzeitig fahren Millionen SPD-Anhänger den Wels, Breitscheid und Leipart den Rücken.

Nur die Kommunistische Partei befindet sich im stürmischen Vormarsch. Unter ihren Fahnen sammeln sich nicht nur Hunderttausende von Werktätigen, die dem demagogischen Hitlerfaschismus durch unsere Kraft entrissen wurden, sondern auch immer breitere Massen sozialdemokratischer Anhänger, die mit der klassenverräterischen Politik der sozialdemokratischen Führerschaft gebrochen haben. Das ist der überzeugende Beweis: Der Abtritt des Nationalsozialismus ist einzig und allein das Werk der konsequenten Opposition der Kommunistischen Partei, das Werk der Antifaschistischen Aktion, das Werk unseres unerbittlichen Kampfes gegen die Tributknechtung von Versailles unter unseren Losungen des proletarischen Internationalismus, die Frucht unserer Einheitsfrontaktion. Und da wagen es die Severing und Wels, in ihrem Aufruf erneut ihre gemeine Hetze gegen die Kommunisten und die Einheitsfrontaktion zu betreiben und sie als „Verbündete der faschistischen Reaktion" zu verleumden, denn darin heißt es:

„Zu den Schuldigen des Papenputsches gehört aber auch die Kommunistische Partei. Indem sie den Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften systematisch unterminierte, schwächte sie die Arbeiterklasse und wurde sie zur Bundesgenossin der deutschnationalen Herrenkastenpartei. Gemeinsam mit den Nationalsozialisten machte sie alle Parlamente arbeitsunfähig und begünstigte damit den Aufstieg einer arbeiterfeindlichen Diktatur."

In den Mitgliederversammlungen der SPD versuchen die SPD-Führer die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter mit der Lüge zu beschwichtigen, die Tolerierungspolitik habe aufgehört, jetzt werde seitens der SPD-Führung eine „grundsätzlich andere Politik" eingeschlagen werden. Dieser Aufruf dementiert Satz für Satz das Gegenteil. Wenn es in diesem Aufruf heißt, die SPD werde dem Schleicherkabinett in „allerschärfster Opposition" gegenüberstehen, so soll damit nur verschleiert werden, daß die sozialdemokratischen Führer, die Brüning unterstützten und Papen „eine Chance geben", heute härter denn je ihre ganze Kraft einsetzen werden, um alle außerparlamentarischen Kampfbewegungen des Proletariats gegen die kapitalistische Diktatur zu verhindern.

Mögen sie im Reichstag „Mißtrauensanträge" einbringen und „radikale" Reden halten, brauchen im Lande organisieren sie den Streikbruch gegen die Reichsbahnen, der sich dem Lohnabbau kämpfend widersetzen.

Wo die Erwerbslosen die Auslieferung des Überflusses an Kohlen und Brot verlangen, um sich und ihre Familien vor dem Hunger und Frost des Winters zu retten, da helfen sie sich schützend vor die überfüllten Kohlenlager und berstenden Lebensmittelspeicher. Wo sich das Proletariat im Betrieb und an der Sozialpolitik zur kämpfenden Einheit zusammenschließt, da versuchen die sozialdemokratischen Führer im Bunde mit der faschistischen Reaktion diese Einheit zu sprengen und die Arbeiter gegeneinanderzuhetzen.

Deshalb darf sich kein SPD-Arbeiter von dem demagogischen Oppositionsgeschwätz der SPD-Führer gegen die Schleicherregierung irreführen lassen. Hat das Interview, das der ADGB-Führer Leipart dem Vertreter der Berliner Zeitung „Druckfix" gegeben hat, dann wird ihn, was die sozialdemokratische Bürokratie mit der Schleicherdiktatur hinter unserem Rücken gebraut hat.

Denkt daran, daß bei Papen noch vor einigen Tagen erklärt hat, die Ablösung Schleichers sei ein „Entlassungsgrund", und die SPD sei zu keiner Unterstützung bereit, wenn sie einen Teil ihrer Anteilschaft in Preußen preisgebe.

Die Führer der SPD hat bewußt, trotz aller radikalen Phrasen mit der Schleicherdiktatur durch dick und dünn zu gehen! Nur unter dem Deckmantel der Einheitsfrontaktion, im gemeinsamen Kampf gegen alle Formen der kapitalistischen Diktatur und gegen alle ihre Stützen von Wels bis Hitler können die Werktätigen ihre wirtschaftlichen Existenzbedingungen erfolgreich verteidigen und ihre politische Interessenvertretung ein Ende machen!

Freigabe des „Illustrierten Volksechos" erkämpft

Das kürzlich für längere Zeit verbotene Illustrierte Volksecho, die sächsische Wochenzeitung der Kommunistischen Partei, ist jetzt auf Grund der von allen Seiten geführten Proteksaktion wieder freigegeben worden. Das Verbot mußte verkürzt werden. Das Illustrierte Volksecho erscheint am Freitag wieder.